

Fritzlar-Homberg 15.12.2008

Keine Ruhe unter dem Weihnachtsbaum

Im Edermünder Parlament wurde heftig um die Autobahnbrücke und die Straßenbahn gestritten

Von Olaf Dellit

Edermünde. Von vorweihnachtlicher Besinnlichkeit war in der Sitzung der Edermünder Gemeindevertreter im Gasthaus Zur Linde in Grifte wenig zu spüren. Es ging hoch her.

Da war von Horrorszenarien und Totschlagargumenten die Rede, da wurden mangelnde Redlichkeit, Halb- und Unwahrheiten unterstellt. Redner wurden wechselseitig durch Zwischenrufe unterbrochen, und der Vorsitzende Thomas Petrich musste immer wieder für Ruhe sorgen.

In der Sache sorgten besonders zwei Themen für die Aufregung: die Autobahnbrücke und eine Straßenbahn. Die Autobahnbrücke: Für die Anbindung des Gewerbegebietes soll eine neue Brücke über die A 49 gebaut werden. Außerdem wird die Kreisstraße 92 bei Hertingshausen neu gebaut, dort soll ebenfalls eine Brücke errichtet werden.

Die Gemeindevertretung musste nun darüber beschließen, ob das Planfeststellungsverfahren entfallen soll, um den Bau zu beschleunigen. Gegen die Stimmen der Grünen wurde das beschlossen.

Lothar Gier (Grüne) bemängelte, die Öffentlichkeit würde so nicht ausreichend in die Planung eingebunden. Günter Rudolph (SPD) konterte, die Sitzung sei schließlich öffentlich. Auch die Kritik von Markus Opitz (FWG), der die Zunahme des Schwerverkehrs in Grifte befürchtet, ließ die SPD nicht gelten. Bürgermeister Karl-Heinz Färber sagte, es sei schon einiges zur Entlastung getan worden.

Rudolph wies auf die Arbeitsplätze hin, die im Gewerbegebiet entstehen würden. Das wiederum veranlasste Oliver Steyer zu hinterfragen, was eigentlich für das Gewerbegebiet auf lange Sicht geplant sei. "Was ist Ihr Ziel und wo hören Sie auf?", fragte er mit Blick auf Pläne, unter anderem unterhalb des Baumarktes Bahr weitere Betriebe anzusiedeln.

Färber erklärte, im Plan sei genau festgelegt, wie groß das Gewerbegebiet maximal werde. Die Straßenbahn: Die Grünen beantragten, man solle Besse als Straßenbahn-Ziel in den regionalen Raumordnungsplan aufnehmen lassen. Grüne und FWG stimmten dafür, die Mehrheit mit CDU und SPD dagegen.

SPD und CDU: kein Bedarf

SPD und CDU führten ins Feld, es gebe gute Busverbindungen und keinen Bedarf für eine Straßenbahn. Die Anbindung ans Netz würde 15 Millionen Euro kosten. Die Grünen sprachen von den hohen Spritkosten, und die FWG merkte an, es handele sich ja nur um einen unverbindlichen Eintrag in den Regionalplan, nicht um den Beschluss über die Straßenbahn.